

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schallmühle, Dählerbrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. H. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 280

Einzelnummern: für 1 a. a. 100, (34 mm breit) 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzangelegenheiten u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Druckgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver

Freitag, den 29. November

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“, „Gerd u. Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und am Abend.

1929

und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“
Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichsrat nahm das neue Republikstiftungsgesetz mit den Änderungen der Ausschüsse an. Die Zuständigkeit des Reichsinnenministers soll wegfallen und den Landesregierungen übertragen werden.

* In Rom erfolgte die Überreichung des Gesandten der Reichsregierung und eines persönlichen Anschreibens des Reichspräsidenten an Papst Pius XI.

* Beim Zusammenstoß im Hafen von New York ist die „Mauretania“ beschädigt worden.

* China ist mit Russland in Waffenstillstandsverhandlungen eingetreten, um die entstandenen Zwistigkeiten in der Mandschurei beizulegen.

Rußland als Sieger.

Die Sache da hinten in der Mandschurei fing doch an, einigermaßen brenzlig zu werden. In China, wo es so viele Generale wie anderswo Brombeeren gibt, ist wieder einmal eine der dort so beliebten Revolutionen ausgebrochen und die Nanjingregierung braucht ihre besseren Truppen — und Geld —, um die aufständischen Generale zu bekämpfen. Da sind denn hoch oben im Norden der Mandschurei längs der Ostchinesischen Bahn, die ja das Streitobjekt bildet, die russischen Truppen kräftig vorgezogen, unterstützt mit allen Mitteln moderner Kriegsführung und zweifellos nicht gerade unter Beobachtung übermäßig humaner Kriegsmethoden. Die sich auf der Photographie und im Film recht gut ausnehmenden chinesischen Truppen haben es vorgezogen, dem Kampf aus dem Wege zu gehen, besonders, da die Russen es verstanden, die mongolischen Tungusen — ein überaus unsympathisches Räubervolk, das aus seinen Gefangenen eine Art Hachfleisch zu machen pflegt und daher der Schrecken der nordwestlichen Mandschurei ist — gegen die Chinesen in Bewegung zu setzen. Infolgedessen rissen nicht nur die Truppen aus, sondern auch die Bevölkerung wurde von der in solchen Fällen üblichen, diesmal aber besonders berechtigten Panik ergriffen und floh nach Süden.

Die Politik der chinesischen Zentralregierung ist ein bißchen unverständlich. Man mußte in Nanjing, als entgegen dem 1924 mit Moskau abgeschlossenen Vertrag die russische Verwaltung der über chinesisches Gebiet von Mandschuria — der letzten sibirischen Station — über Chabarow nach dem einzigen russischen Hafen im Stillen Ozean, Wladiwostok, gehenden Bahn teils verjagt, teils gefangen gesetzt wurde, das eine vor allem doch wissen, daß die Moskauer Regierung sich diesen Vertragsbruch nicht gefallen lassen würde. Es ist ja ein paar Monate mit Hilfe Deutschlands hin und her verhandelt worden, bis die Sowjetregierung die Gelegenheit gekommen sah, die Chinesen anstatt mit Noten erfolgreicher mit Kanonen und Flugzeuggeschwadern zu bombardieren. Die an der Entwicklung der Dinge im Fernen Osten besonders interessierten drei Mächte England, Amerika und Japan begnügten sich aber, nur zuzusehen; heimlich mögen sie alle der Nanjing Regierung, die ja Chinas Selbständigkeit zu verteidigen und durchzusetzen als ihre Hauptaufgabe betrachtet, diese Niederlage wohl gönnen.

Zwar hat nun China sich an den Völkerbund und vor allem nach Washington — wegen des Kellogg-Paktes — um Unterstützung gewandt, aber das Zutrauen zu einem wirklichen, vor allem aber sehr baldigen Erfolg dieses Schrittes scheint in Nanjing nicht übermäßig groß gewesen zu sein. Man hat es vielmehr vorgezogen, die Russen von Mufden aus direkt um Waffenstillstand zu bitten. Und es ist den Russen zuzugestehen, daß sie durchaus keine harten Bedingungen gestellt haben; sie verlangen einfach die Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor dem Ausbruch des Konfliktes vorlag. Also: Rückführung der russischen Eisenbahnverwaltung und Freilassung aller Angehörigen Sowjetrußlands, die von den Chinesen gefangen gesetzt waren. Zwischen Moskau und Mufden, der Hauptstadt der Mandschurei, ist man schon in direkte Verbindung getreten, während die Haltung der Regierung in Nanjing vorläufig natürlich noch unbekannt ist, man dort aber wohl auch kaum etwas anderes wird tun können als der General Eschangsulian, der in der Mandschurei kommandiert, nämlich die russischen Bedingungen anzunehmen.

In London, Washington und Tokio wird man aufatmen, denn es ist wohl allen drei Regierungen nicht gerade angenehm, das heiße Eisen der mandschurischen Frage anzufassen. Im englischen Parlament ist deswegen die Regierung interpelliert worden. Es wurde festgestellt — was ja objektiv richtig ist —, daß Sowjetrußland entgegen den Bestimmungen des Kellogg-Paktes, den es unterschrieben hat, zur Durchsetzung wirklicher oder vermeintlicher Rechtsansprüche gegenüber einer andern Macht zu unverhältnismäßig kriegerischen Mitteln gegriffen hat. Der Außenminister Henderson erwiderte zwar, daß England bereit sei, irgendwelche Schritte diplomatischer Art — mitzumachen, mußte aber feststellen, daß der Kellogg-Pakt keinerlei Vorschriften darüber enthalte, was nun eigentlich geschehen solle, wenn keine Bestimmungen wirklich oder anscheinend verlegt werden; nur das eine, daß ein derart vergebender Staat „aller Vorteile des Vertrages verlustig gehe“ — woraus sich Sowjetrußland vermutlich recht wenig machen wird! Den Völkerbund allerdings, so äußerte Henderson, wolle man bei dem Versuche, die Lage in Ostasien zu befrieden, denn lieber doch nicht bemühen.

Der Konflikt im Fernen Osten scheint also mit einem vollen Erfolg der Moskauer Regierung zu

„Befriedung des öffentlichen Lebens“

Der Reichsrat genehmigt das Republikstiftungsgesetz.

Keine Zuständigkeit des Reichsinnenministers.

Das seinerzeit vom Reichsminister Severing angeführte neue Republikstiftungsgesetz, das an die Stelle des früheren, im Reichstage nicht mehr verlängerten treten soll, ist vom Reichsrat in der Ausschussfassung mit 50 gegen 16 Stimmen angenommen worden. Es wird nunmehr sofort dem Reichstage zugehen. Der Ausschuss hat in dem Entwurf eine Anzahl Veränderungen vorgenommen. An dem Grundgedanken, verfassungsändernde Bestimmungen zu vermeiden, ist festgehalten worden. Deshalb wird zur Annahme im Reichstage kein Zweidrittelmehrheit notwendig sein, an der die Verlängerung des alten Gesetzes bekanntlich scheiterte. Die Überschrift des Gesetzes wurde in den Ausschüssen in „Gesetz zum Schutz der Republik und zur Befriedung des öffentlichen Lebens“ umformuliert. Gegen das Gesetz stimmten im Reichsrat nur Bayern, Mecklenburg-Schwerin und einige kleinere preussische Provinzen.

Der Kreis der Personen, der durch das Gesetz geschützt werden soll, ist in der Ausschussberatung wesentlich erweitert worden. Erhöhtes Strafmaß für Gewalttätigkeiten gegen Reichspräsidenten und Minister ist vorgesehen. Politische Beschimpfung verstorbener Reichspräsidenten und Reichsminister ist strafbar. Die Vorschriften über den Fortfall des Gehalts republikfeindlicher Beamter sind gestrichen worden. Der frühere Kaiserparagraph ist im Gesetz nicht mehr enthalten.

Zuständigkeit der Landesregierungen.

Die wichtigste Änderung gegenüber dem Regierungsentwurf erstreckt sich auf die Zuständigkeit des Reichs-

enden und der Versuch der Nanjingregierung, aus der Mandschurei den russischen Fremdkörper der Eisenbahnverwaltung zu entfernen, muß als mißglückt bezeichnet werden. Auch die erste größere Probe auf's Exempel, auf den Kellogg-Pakt nämlich, kann auch nicht unbedingt als geglückt angesehen werden. Eher — das Gegenteil!

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Volksthegehen und Beamte.

Im Hamburgischen Senat stand eine Anfrage der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten über die Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheit der Beamten in bezug auf ihre politische Gesinnung zur Behandlung. Der Senat erklärte, daß er den Beamten und den Angestellten jederzeit diese verfassungsmäßige freie Betätigung ihrer politischen Gesinnung gewährleistet habe. Er erwarte allerdings, daß sich diese Betätigung in Formen vollziehe, die der Stellung der Beamten im Staate entsprechen; wo das nicht geschehen sei, behalte sich der Staat die Entscheidung über die Einleitung eines Disziplinarverfahrens vor. Im zweiten Teil der Verhandlungen der Bürgerschaft wurde u. a. einem Bericht des Stenographenkomitees zugestimmt, wonach der Senat ersucht werden soll, sich im Reichsrat gegen die Ermäßigung der Kinstener auszusprechen.

Deutsch-österreichische Sozialverhandlungen.

Bei den Verhandlungen im österreichischen Nationalrat über den Etat erklärte der Minister für soziale Verwaltung, die Verhandlungen mit Deutschland über die Abänderung des Gegenseitigkeitsvertrages über die soziale Versicherung seien im Mai d. J. eingeleitet worden; er hoffe, daß der Vertrag im Januar 1930 unterzeichnet werde, worauf er sofort dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden würde.

Rechtsstellung der Kinder.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Gesetzesentwurfes über die Rechtsstellung des unehelichen Kindes fort. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde mit zwölf Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen zehn Stimmen der übrigen Parteien beschlossen, daß dem unehelichen Kinde statt eines Zahlungsanspruches gegen die Erben des Vaters ein Erb- und Pflichtteilsrecht wie dem ehelichen Kinde zugestanden werden soll.

Gegen eine Amnestie.

Aus Essen wurden kürzlich Bestrebungen gemeldet, die auf den Erlass einer neuen Amnestie für politische Vergehen hinführen. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll bei den meisten Parteien keine Neigung bestehen, einer solchen Forderung stattzugeben, da die Wirkung einer erneuten Amnestie nur ein Anreiz für politische Abenteuer sein könnte, in unruhigen Zeiten Straftaten zu begehen.

Polen.

Zusammenschluß der Minderheiten.

Im Warschauer Sejmgebäude haben bedeutsame Beratungen von Vertretern familiärer ukrainischer, weißrussischer und litauischer Parteien in Polen stattgefunden. Es wurde festgestellt, daß bei der beabsichtigten Änderung der polnischen Verfassung das Bestreben herrsche, die

innenminister für das Verbot von Vereinen und Zeitungen. Die Zuständigkeit des Reichsinnenministers ist auf die Landesbehörden übertragen worden. Für Meinungsverschiedenheiten ist als entscheidende Instanz das Reichsverwaltungsgericht eingesetzt worden.

In der Debatte wandte sich Staatssekretär Zweigert gegen die Einschränkung der Zuständigkeit des Reichsinnenministers. Er bezeichnete sie als unzumutbar, namentlich wegen der in solchen Fällen gebotenen Eile. Der bayerische Gesandte v. Preger kündigte Ablehnung dieses Antrages an. Der Antrag der Reichsregierung, die Zuständigkeit des Reichsinnenministers wiederherzustellen, wurde mit 38 gegen 25 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Unter den ablehnenden Stimmen waren diejenigen Bayerns und Sachsens.

Die Pensionen der Reichsminister.

Der Reichsrat beschäftigte sich ebenfalls mit dem Ministerpensionsgesetz. Die wichtigste Bestimmung geht dahin, daß Reichsminister künftig nur noch Übergangsgeld erhalten, dessen Höhe sich nach der Amtsdauer richtet. In den Ausschüssen ist die Bestimmung über die Ruherente, die der Reichspräsident gewähren kann, insofern eingeschränkt worden, daß sie sich nur auf den Fall gesundheitlicher Schädigung bezieht.

Ein preussischer Antrag, die Ministerpension nach vierjähriger Dienstzeit beizubehalten, wurde mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzesentwurf wurde einstimmig angenommen. Ferner verabschiedete der Reichsrat eine Verordnung über den Luftverkehr, die dem starken Ansteigen dieses Verkehrs gerecht werden soll. Auch wurde die Mitteilung der Reichsregierung entgegen genommen, daß der vom Volksbegehren geforderte Gesetzesentwurf dem Reichstage zugegangen ist.

Nach der Minderheiten ganzlich einzuschränken. Die drei Minderheitsgruppen beschloßen, in enger Zusammenarbeit den Kampf um die Rechte der Nationalitäten zu führen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß sich die Verständigungsaktion auch auf Deutsche und Juden erstrecken wird.

Aus In- und Ausland

Leipzig. Hier kam es wiederum zu Kundgebungen der ukrainischen Jugend vor dem Sowjetkonsulat. Die Polizei war jedoch zur Stelle und zerstreute die Demonstranten.

Rom. Der Papst hat den Kardinälen von Berlin, Monsignore Vacelli, empfangen. Wie die Blätter melden, wird Vacelli demnächst wieder die Rückreise nach Berlin antreten.

Breslau. Lampel, von Beulwitz und Schwenninger sind, wie die hiesige Justizpressestelle mitteilt, in ihre Heimatorte entlassen worden.

Neuer Vizepräsident im Preussischen Landtag.

(107. Sitzung.) tt. Berlin, 28. November.

Das Haus nahm zunächst die Wahl des zweiten Vizepräsidenten vor. Die Zentrumsfraktion hatte an Stelle ihres aus dem Präsidium des Landtags ausgeschiedenen Fraktionsvorsitzenden Dr. Porich den Abg. Baumhoff vorgeschlagen. Der Vorschlag des Präsidenten, die Wahl des Abg. Baumhoff (Ztr.) zum zweiten Vizepräsidenten durch Zuzug vorzunehmen, scheiterte am Widerspruch der Kommunisten. Infolgedessen wurde die Wahl durch Namensaufruf vollzogen. Von 321 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 288 auf den Abg. Baum-



Abg. Baumhoff, der neue Vizepräsident des Preussischen Landtages.

hoff, der somit gewählt ist. Ferner waren abgegeben 27 Stimmen für den kommunistischen Abg. Schwenk, 5 Stimmen für den nationalsozialistischen Abg. Leh, eine Stimme für den nationalsozialistischen Abg. Kube und eine Stimme für Frau Wohlgenut (Ztr.). Abg. Baumhoff nahm die Wahl an.

Ein kommunistischer Antrag auf Verhinderung bei Unverhältnissen im Landtag und im Westerwald wurde abgelehnt, da er lediglich als Agitationsantrag bezeichnet wurde.

Zur Behebung der Notlage der Stadt Breslau empfahl der Hauptausschuß entgegen einem kommunistischen Antrag seine Entschließung, wonach Breslau durch russische Verächtlichkeit der dortigen Wirtschaft bei Verabschaffung von

Staats- und Reichsaufträgen sowie durch großzügige Beteiligung Breslaus an den verschiedenen Haushaltsanträgen für kommunale Zwecke und endlich durch Unterstützung der Stadt durch Umwandlung der hohen kurzfristigen Verschuldung in langfristige nach Kräften geholfen werden soll. Die Entschliessung wurde angenommen.

Inzwischen hat der neue Vizepräsident die Leitung der Sitzung übernommen. Bei Beratung eines Antrages des Wohnungsausschusses über die Bedingungen des Wohlfahrtsministeriums für die Gewährung von staatlichen Baudarlehen für Staatsbedienstetenwohnungen wird der Antrag unter Ablehnung eines weitergehenden deutschnationalen angenommen. Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über die Erweiterung der öffentlichen Zuständigkeit der Altonaer und der Hamburger Polizeibeamten in erster Beratung erledigt und dem Verfassungsausschuss überwiesen. Es folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Entschliessungsantrages, der das Staatsministerium ersucht, die Beamten des Einzeldienstes der Schutzpolizei vom 40. Lebensjahr ab von der dienstlichen Verpflichtung zur Teilnahme am Sport und an den Übungen zur Körpererhaltung zu befreien. Der Beamtenausschuss schlägt die Annahme dieses Antrages vor und das Haus stimmt zu.

Ebenso fanden Genehmigung Anträge über Richtlinien für die Dienstaufbahn der Polizeibeamten, über Musterstatute für öffentliche Sparkassen und über deren Geschäftsverkehr, über ein Radfahrergegesetz. Dann begannen Beratungen über Anträge zu den Staatstheatern. Die Städte Berlin, Wiesbaden und Kassel sollen sich verpflichten, feststehende Jahreszuschüsse zu den Staatstheatern zu leisten. Abg. Dr. Weiskermel (Dtn.) kritisiert die Gewohnheiten der heutigen Theater und verlangt vom Ministerpräsidenten Eingreifen zur Verbesserung des Programms der Staatstheater.

Nach weiterer Aussprache stimmte das Haus den Beschlüssen des Hauptausschusses zu.

In der Schlussabstimmung angenommen wurde eine

Novelle zur Landgemeindeordnung, wonach auch die Gemeindevorsteher und Schöffen, die entgegen den bis dahin geltenden Bestimmungen als besoldet gewählt worden waren, als rechtmäßig gewählt gelten sollen.

Auf Antrag des Abg. Bode (Dtn.) wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der feststellen soll, welche Beamte in unzulässiger Weise die Durchführung des Volksbegehrens erschwert haben.

Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

Deutscher Reichstag.

(103. Sitzung.)

CB. Berlin, 28. November.

Die heutige Sitzung des Reichstages dauerte knapp eine Stunde, da man den Nachmittag den Fraktionen für ihre Beratungen überlassen wollte. Ohne wesentliche Aussprache wurden der Gesetzentwurf über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens und des Opiums, das eine Anpassung an die internationalen Vereinbarungen bringt, endgültig verabschiedet. Das internationale Abkommen über die Gewährung einer Entschädigung für Arbeitslosigkeit infolge von Schiffbruch wurde in allen drei Lesungen angenommen. Zahlreiche Vorlagen wurden der Ausschussberatung überwiesen. Die Anträge der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen, für den Heiligen Abend einen 5-Uhr-Ladenschluss einzuführen, gingen an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung steht die erste Beratung des „Freiheitsgesetzes“; die zweite Beratung ist für Sonnabend beabsichtigt.

Hindenburg an den Papst.

Das Geschenk der Reichsregierung.

Donnerstag mittig überreichte der deutsche Botschafter von Bergen in Rom dem Papst ein Schreiben des Reichspräsidenten mit den persönlichen Wünschen des Reichspräsidenten und denen der Reichsregierung zu dem goldenen Priesterjubiläum des Papstes.

Daran schloß sich die Übergabe des Geschenkes der Reichsregierung an den Papst. Das Geschenk ist ein Duplikat des sogenannten roten Bruntiafesservices Friedrichs des Großen. Botschafter von Bergen hatte sich in Begleitung des Personals der Botschaft sowie des Vatikanreferenten des Auswärtigen Amtes, Gesandtschaftsrats Klee, in den Vatikan begeben. Nach der Audienz fand die Besichtigung des Geschenkes der Reichsregierung durch die Presse statt.

Das Geschenk der Reichsregierung an den Papst.

Anlässlich des 50jährigen Priesterjubiläums.

Am Donnerstag findet in Rom die Übergabe des dem Papst anlässlich seines 50jährigen Priesterjubiläums von der deutschen Reichsregierung zum Geschenk gemachten kostbaren aus 600 Stück bestehenden Porzellanfesservices statt. Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, von Bergen, wird in Begleitung der Herren der Botschaft vom Papst empfangen werden, um den Glückwunsch der Reichsregierung zu übermitteln. Es handelt sich um eine außerordentlich kunstvolle Nachbildung des sogenannten roten Tafelfesservices Friedrichs des Großen, das der König 1768 in der königlichen Porzellanmanufaktur bestellt hat. Jedes einzelne Stück ist als Geschenk der Reichsregierung zum Priesterjubiläum gekennzeichnet. Im Anschluß an die feierliche Audienz des Botschafters wird die in- und ausländische Presse zur Besichtigung des Geschenkes der Reichsregierung geladen werden. Die italienischen Blätter, insbesondere die dem Vatikan nahestehenden Zeitungen, sprechen ihre große Bewunderung über das Geschenk der Reichsregierung an den Papst aus.

Die Gewerkschaften beim Wirtschaftsminister.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit.

Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Moldenhauer empfing die Vertreter der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Freien Gewerkschaften, der Christlichen Gewerkschaften und des Gewerkschaftsrings. Der Minister betonte, daß er auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften großen Wert lege, da sein Ministerium nicht etwa ein Ministerium für die Arbeitgeber sei, sondern ein Ministerium für die gesamte Wirtschaft, und zur Wirtschaft gehörten ebenso wie andere Gruppen auch die Arbeitnehmer. Er stellte in Aussicht, von Zeit zu Zeit sich mit den Führern der deutschen Gewerkschaften über die schwebenden Fragen der Wirtschaftspolitik auszusprechen. Die Vorsitzenden der verschiedenen Gewerkschaftsverbände äußerten sich dann über Einzelfragen.

Ostbank — Dresdner Bank.

Schwierigkeiten bei der Ostbank.

Sehr bestimmt auftretende Mitteilungen sprechen davon, daß die Ostbank für Handel und Gewerbe (Berlin und Königsberg) in Schwierigkeiten insofern geraten ist, als ihre Liquidität durch allzu weitgehende Festlegung der Kapitalien in schwer realisierbaren Geschäften bedroht ist.

Diesen Schwierigkeiten soll nun dadurch begegnet werden, daß die Dresdner Bank einzupringen willens ist und zwar in der Art, daß das vier Millionen nominell betragende Kapital auf eine Million aufammengelegt

wird und die Aktionäre für diese Summe eine Million Aktien der Dresdner Bank erhalten. Das wäre natürlich nichts anderes als ein vollständiges Aufgehen der Ostbank in die Dresdner Bank. Freilich soll angeblich noch eine Bedingung dabei sein: die Dresdner Bank, so erzählt man, verlange eine Bürgschaft der preussischen Regierung in Höhe von einer Million. Bürgschaften in gleicher Höhe will man auch von anderen Seiten verlangen. Näheres über den finanziellen Status der Ostbank ist aber noch nicht bekannt.

Als Ursache für die Schwierigkeiten wird — wie auch vielfach sonst bei den bekannten Vorkommnissen der letzten Zeit — die Nervosität der Depot- und Konteninhaber angegeben, die jetzt in erheblichem Umfang ihre Einlagen zurückzogen. Noch in der letzten Bilanz erschienen sie mit 40 Millionen Mark, also dem Zehnfachen des Aktienkapitals. Ferner sollen sehr erhebliche Kredite „eingefroren“ sein, namentlich für die Finanzierung des Holzhandels in Ostpreußen, wo die Bank etwa 20 Filialen unterhielt. Dabei soll es sich außerdem um Kredite an finanziell nicht potente Geldnehmer handeln.

Im Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender der deutsch-nationale Parteiführer Dr. Hugenberg ist, sitzen eine Reihe namentlich ostpreussischer Großgrundbesitzer, darunter von Batocki-Wiedau, und verschiedene Führer der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Zukunft der Wolgadeutschen.

Die Flüchtlinge können jede Stunde eintreffen.

Das Hammersteiner Lager wird schon in den nächsten Tagen der Direktion des Flüchtlingslagers übergeben werden. 150 Mann sind unermüdlich bei der Arbeit. Zwei volle Transporte in Stärke von etwa 1000 Emigranten können bereits gut untergebracht werden. Die Verpflegung der ersten Transporte ist in ausreichendem Maße sichergestellt. In hygienischer und sanitärer Hinsicht sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. Man ist jedem Eventualfall gewachsen.

Das Lager wird von zwei Ärzten betreut werden. Für Krankenpflege sind weiterhin sechs Rote-Kreuz-Schwester angefordert worden. Bei der Herrichtung der früheren Mannschafslager hat man auf möglichst Beaumlichkeit für die Emigranten Bedacht genommen. Kleinere Mannschafslager werden zur Unterbringung je einer Familie dienen. Die größeren Stuben der Mannschafslager und Offiziersbaracken werden durch Bretterwände geteilt. In den nächsten Tagen wird das Lager noch soweit ausgebaut, daß es vorläufig 5000 Flüchtlinge, im Notfall auch noch eine weit höhere Zahl, aufnehmen kann. Mit der Ankunft der Flüchtlinge rechnet man zu jeder Stunde.

Frühe Entlassung einer Polizeiangehörigen.

Gerichtliches Nachspiel zum Volksbegehren.

Vor dem Arbeitsgericht in Oppeln kam die Klage einer Stenotypistin gegen den Polizeipräsidenten zur Verhandlung, der die Klägerin fristlos entlassen hatte, da sie sich zum Volksbegehren eingetragen hatte. Es wurde eine schriftliche Erklärung des Polizeipräsidenten vorgelesen, in der er die Abweisung der Klage beantragt, da ihm nicht zugemutet werden könne, mit einer Angestellten weiter zu arbeiten, die sich in dieser Weise gegen das heutige System erkläre. Der Vertreter der Klägerin verwies darauf, daß die Entlassung gegen die Reichsverfassung und das Betriebsrätegesetz verstoße. Es gelang dem Vorsitzenden, die Parteien zu einem neuen Gütertermin zu bewegen, in dem eine Einigung auf der Basis versucht werden soll, daß die Klägerin, die bereits elf Jahre beim Polizeipräsidenten in Oppeln beschäftigt war, bei einer anderen Behörde Anstellung findet.

„Beschämend für England.“

Das festgehaltene deutsche Eigentum.

Der konservative Lord Buckmaster griff im Englischen Oberhaus die Regierung heftig an wegen ihrer Weigerung, das beschlagnahmte deutsche Eigentum zurückzugeben. England habe in dieser Frage einen schweren und nie wieder gutzumachenden Fehler begangen. In meinen Augen, sagte Lord Buckmaster, ist eine solche Handlung beschämend für England. Es wird mir schwer, mit der nötigen Mäßigkeit darüber zu sprechen. Das einzige Verbrechen dieser harmlosen und wehrlosen Leute besteht darin, daß sie Staatsangehörige einer besiegten Nation sind.

Der Regierungsvertreter bezeichnete Buckmasters Ausführungen als unberechtigt und stark übertrieben; sie seien geeignet, die deutsch-englischen Beziehungen und die Einstellung des deutschen Volkes gegen das englische nachteilig zu beeinflussen. Nach weiterer Debatte erklärte schließlich Lord Buckmaster, die Regierungserklärung habe ihn keineswegs befriedigt.

China sollte „eine Lektion erhalten!“

Proklamation des Oberbefehlshabers der Sowjetarmee.

Der Oberbefehlshaber der Sowjetarmee im Fernen Osten hat eine Proklamation erlassen, in der es u. a. heißt: Wir haben die Chinesen auf zwei Fronten geschlagen. Wir hätten den Feind bis Chharbin verfolgen können, begnügen uns aber damit, China eine Lektion gegeben zu haben. Die Lage wird nur durch vollständige Ausführung der Verträge von Moskau und Wladiwostok geändert werden können. Wenn China eine neue Lektion vermeiden will, so wird es ohne Verzug die früher bei der Chinesischen Ostbahn bestehende Lage wiederherstellen, die russischen Gefangenen befreien, die Konzentrationslager öffnen, die Weisgardisten entwaffnen und die chinesischen Truppen von den Grenzen zurückziehen müssen.

Nach einer Meldung aus Chharbin haben dreizehn russische Flugzeuge die Stadt Wuchang überflogen und das Hauptquartier der chinesischen Armee mit Bomben beworfen. Die Stadt wurde später von weiteren acht Flugzeugen überflogen, jedoch nicht mehr bombardiert. Man nimmt an, daß die Sowjetregierung die Chinesen mit verstärkter Gewalt zur Annahme ihrer Bedingungen veranlassen möchte.

Hoovers Aufbauprogramm.

Konferenzen mit Wirtschaftsführern.

Präsident Hoover setzte in Washington seine Besprechungen mit Führern der Wirtschaft wegen seines Verbesserungs- und Aufbauprogramms fort. Für das nächste Jahr sind für den Ausbau von elektrischen Kraftwerken, Gaswerken und Straßenbahnunternehmungen nahezu zwei Millionen Dollar Ausgaben vorgesehen, eine Mehrausgabe von über 100 Millionen Dollar für dieselben Zwecke gegenüber diesem Jahre.

Das Kriegsministerium hat zur Unterstützung des neuen Wirtschaftsprogrammes alle Armeekorps angewiesen, die in ihren Bezirken geplanten Bauarbeiten, sofern Geldmittel zur Verfügung stünden, sofort in Angriff zu nehmen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 29. November 1929.

Dezember.

Der Weihnachtsmonat und der Monat des kalten, ermüdenden Winteranlaufes — ein Monat also von nicht geringer Bedeutung! Vom ersten bis zum letzten Tage hat er es stark in sich, denn über allen seinen Tagen liegt etwas wie Spannung, Erwartung, Hoffnung oder auch Enttäuschung. Den ersten Monatsstag sah man früher und sehen die Abergläubigen auch wohl jetzt noch als einen Tag des Unglücks an: wer sich an ihm zu sehr exponiert, soll eines schlimmen Todes sterben. Dann aber kommen sofort bessere Tage: der Tag der heiligen Barbara, der Nikolaustag und am frohlichen Monatsende der Silvestertag, der eigentlich ein Abend ist, der sich tief bis in den nächsten Morgen hinein ausdehnt. Von all den dazwischenliegenden guten Dezembertagen, den vorweihnachtlichen und den weihnachtlichen, braucht erst gar nicht geredet zu werden. Merkwürdig, daß der Dezember schon in alter Zeit und dann im Mittelalter ein ganz besonderes Wesen, das ihr von anderen Monaten des Jahres unterschied, zur Schau trug. Bei den Römern fielen in den Dezember feste geräuschvolle, ausgelassene und nicht immer einwandfreie Feste, und im Mittelalter gab es, vielleicht in Erinnerung an die römischen Saturnalien, das dezemberliche Narrenfest, das anfangs harmlos gewesen sein mag und bei dem der Herr seine Diener bedienen mußte, später aber derart ausartete, daß Kirche und Staat es verbieten mußten. Früher, als er noch des Jahres zehnter Monat war, hatte der Dezember, gleich dem Januar und dem August, nur 29 Tage; erst Cäsar legte ihm und den beiden andern je zwei Tage zu, so daß sie es auf 31 Tage brachten. Weil im Dezember der Heiland geboren wurde, wollte Karl der Große für ihn den Namen Heilmonat eingeführt wissen. Dieser Name hat sich jedoch nicht durchsetzen können, ebenso wenig wie der später vorgeschlagene Name Christmonat, der zwar länger dauerte, heute aber nur noch selten angewandt wird, wie ja überhaupt die deutsche Benennung der Monate bedauerlicherweise nicht durchdringen vermochte. Aber wie das auch sein mag: für uns ist und bleibt der Dezember der von so viel Schönum umglänzte und umfränzte Weihnachtsmonat — diesen Namen wird ihm bestimmt niemand rauben können!

□ Die ungültigen Fünzigiger. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß mit dem 30. November die Frist für die Gültigkeit der großen Fünzigpfennigstücke aus Meßing abläuft. Vom 1. Dezember ab werden „die gelben Fünzigiger“ nur noch von den amtlichen Kassen umgewechselt.

□ Erleichterungen für den Telefonverkehr. In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost wurden Erleichterungen für den Telefonfernverkehr beschlossen. Wenn man künftig ein Ferngespräch anmeldet, so kann man eine bestimmte Zeitdauer, innerhalb deren man das Gespräch führen will, nennen. Gelingt es der Post nicht, in dieser Frist die Verbindung herzustellen, so gilt die Anmeldung als erloschen. Die Höchstdauer der Ferngespräche ist von sechs auf zwölf Minuten erhöht worden; für die Übertragung von Tagungen können Fernleitungen sogar auf eine Stunde und länger frei gemacht werden.

Halber

— 7 Uhr Ladenschluß. Die Ladeninhaber werden erneut darauf hingewiesen, daß der Kleinverkauf nur bis 7 Uhr abends nach dem Gesetz stattfinden darf. Das laufende Publikum wird daher gebeten, die Einkäufe bis zur gesetzlich festgelegten Stunde zu besorgen. Der Einzelhändler macht sich strafbar, wenn er nach 7 Uhr abends noch Kunden in seinem Laden abfertigt.

— Einbruch. In ein hiesiges Fabrikkontor wurde in der Nacht von Dienstag zum Mittwoch ein Einbruch verübt. Nach den Feststellungen scheint es ein mit den Verhältnissen vertrauter Einbrecher gewesen zu sein. Der Weg hat durch den Betrieb über die Packtische nach dem Kontor gegangen. In letzterem hat er einige Pakete durchsucht und nur ein Scherbrock mitgenommen. Wahrscheinlich hatte der Spiegbube es auf die Löhnung abgesehen, die am Mittwoch erfolgte. Unberührter Sache ist er wieder abgezogen. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Täter.

— & Der als Geflügelzüchter bekannte Adolf Kleinjung hier selbst, hatte die von ihm gezüchteten westfälischen Krüper auf der vom dem Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz in Bonn aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens veranstalteten Jubiläums-Ausstellung ausgestellt. Seine sämtlichen Tiere wurden prämiert. Außerdem erhielt er eine staatliche Anerkennung durch die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz.

Schalksmühle

— Durch den langen trockenen Sommer mit dem darauffolgenden ebenso schönen Herbst ist die Bautätigkeit in diesem Jahre sehr begünstigt worden. Zwar war die Bautätigkeit leider nicht so reger wie das in den vorhergehenden Jahren erfreulicherweise festzustellen war. Die wirtschaftliche Notlage mit der logischen Folgerung der schwierigen Kapitalbeschaffung für den Wohnungsbau macht sich leider immer mehr und mehr bemerkbar. Dennoch scheint es, als wenn der Wohnungsnot doch erfolgreicher zu Leibe gerückt sei. Die Bauleistungen der nächsten Jahre dürften zwar schon einige Schatten voraus, wozu hoffentlich genügend Baukapital bereit gestellt werden kann, damit der Wohnungsnot mit der Zeit doch ebnlich gänzlich der Garaus gemacht werden kann. Fertig gestellt, bezogen und in Betrieb genommen wurde schon vor etlichen Wochen der Fabrikbetrieb der Firma Otto Rutenbeck in der Halberstraße. Ein ganz ansehnliches großes Gebäude mit vorläufiger Wohnung des Inhabers erhebt sich an der Stelle des früheren Krampeisen-Mittinghaus'schen Hammerwerks, das durch Abbruch diesem Neubau weichen mußte. Wasser- und Abwasserleitung sind als Haupttriebskraft. Etwas unterhalb dieses Werkes vor den Gartenbetriebsanlagen zeigt sich der Neubau des Gärtners Fritz Vormann, dem in Terrassenform das angebaute Labengebäude vorgebaut ist. Der Laden ist im Betrieb, während die Wohnungen baldigst bezogen werden können. An die Hinterseite des Wohnhauses des Schlossers Gustav Mölle ist dessen geräumige Werkstatt angebaut und in Betrieb. An dem Auslauf der Hochstraße ist der mehrstöckige Neubau des Schreiners Karl Bornfeldt nahezu bezugsfertig. Der Prachtvillenbau des Fabrikanten Albr. Jung an der Bergstraße ist ebenfalls bezogen, obwohl die Bearbeitungen der umliegenden Gartenanlagen noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. In der Bahnhofstraße errichtete die auch schon in Betrieb genommene Schlachthausanlage, der Metzgermeister Wilh. Kottmeier. Dieselbe Anlage baute der Metzgermeister Walter Schneider in der oberen Halberstraße nur mit dem Unterschied, daß hier zwei Wohnungen mit eingebaut wurden. In der Hohenstraße wurden zwei Wohnungsneubauten fertiggestellt und zwar am Abhang zur Barmer Waldschule, der des Meisters W. Schmale und der des Pastormisters Aug. Ecks. Im Flakamp, wo in vorhergehenden Jahren sehr viel gebaut wurde, wars in diesem Jahre still.

Mäntel

Marengo

Marine

Bleu

Braun

RUDOLF WEIL & CO. BERLIN W. 8

natürlich alle mit gutem Pelz besetzt.

trafen wieder in Riesenmengen ein!

Die gut gepflegte Konfektion – die fescen, modernen Formen –
die bekannt guten Qualitäten – sind die Gründe unseres Erfolges!

Daher kauft man Damen-Konfektion bei

GEBRÜDER Akberg
LÜDENSCHIED

**Kleiderstoffe
Seiden
Mantelstoffe
Waschsamte
Aparte Kleidersamte**

badruckt und einfarbig
ing roßen Mengen
neu eingetroffen

Beste Qualitäten, billigste Preise!

Robert Stern

Inhaber Hermann Behrend.
Lüdenschied.

■ Bekannte Fahrtvergütung. ■

Frisch eingetroffen:

Zuckerschmitzel,
Steffens Patent.

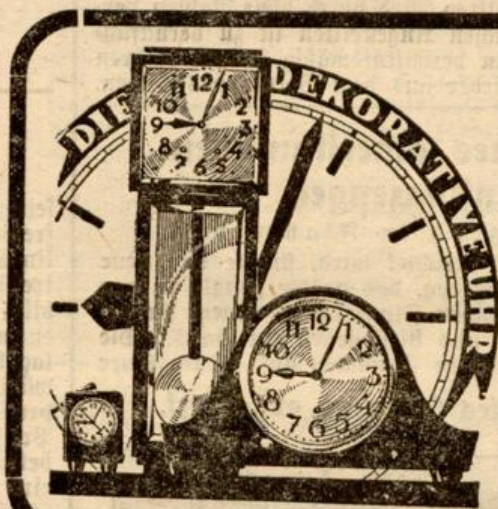
Erdnußmehl,
Sojafschrot,
Leinmehl.

Bürger & Lausberg,
Halver, Telef. 326.

Versuchen Sie

bitte meine frisch-
gerösteten Kaffees

C. Baukloh,
Kierspe-Bahnhof.



Jetzt etwas ganz Besonderes!

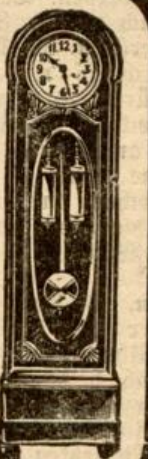
Vorgenommen hatten Sie es sich schon oft, aber
immer kam etwas dazwischen. Machen Sie es diese
Weihnachten wahr. Schenken Sie eine meiner preiswerten

STANDUHREN

Besichtigen Sie mein großes Lager. Meine **erleichte-
erten Zahlungsbedingungen** ermöglichen die
Anschaffung aus dem laufenden Einkommen

Uhrenhaus Betzer

Großes Lager in Uhren aller Arten. ZeniRa-Verkaufsstelle
Lüdenschied, Wilhelmstraße 49



F. Bovet, Lüdenschied,

Schirmfabrik — Wilhelmstr. 24.

Besonders günstiges

Weihnachts = Angebot

Herren-Schirme von 2.90 Mk. an, moderne Damen-Schirme in schwarz u. farbig,
12 u. 16 teilig in Makko, Halbseide, Dreiviertelseide u. Reinfseide von 3.75 Mk. an.

Eigene Anfertigung von Schirmen für Damen, Herren u. Kinder, Spazierstöcke in großer Auswahl v. 0.50 Mk. an.

Auf Wunsch Extra-Anfertigung in 2 Stunden.



Landwehr-
Berein
Halver.

Sonntag, den 1. Dez.,
nachm. 5 1/2 Uhr

**Jahres-Haupt-
Versammlung**

im Vereinslokale.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung.
3. Vorstandswahl.
4. Beitragserhöhung
5. Verlegung des Ge-
schäftsjahres.
6. Festangelegenheiten.
7. Verschiedenes.

Zahlreiche Beteiligung
erwartet

Der Vorstand.

(Verteilung der Jahrbücher.)

Rund um den Reichstag

Verbilligung der Untersuchungsausschüsse.

Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die im Reichstage und besonders auch im Preussischen Landtage eingesetzt werden müssen, wenn ein bestimmter, nicht allzu großer Prozentsatz der Abgeordneten dies für erforderlich hält, haben in den letzten Jahren schon recht beträchtliche Unkosten verursacht. Eine einzige der Vollstreckungen der Untersuchungsausschüsse im Preussischen Landtage kostet z. B. nahezu 2000 Mark. Davon entfallen allein auf die besonderen Tagelöhne der Abgeordneten bei einer Mitgliederzahl des Ausschusses von 29 Mitgliedern und 25 Mark Tagesspesen nicht weniger als 725 Mark. Der Rest wird für sachliche Ausgaben, Unkosten besonders herbeigezogener Stenographen, Druck der umfangreichen Protokolle usw. aufgewendet. Bei diesem gewaltigen Kostenaufwand wird, da die sachliche Notwendigkeit mancher dieser Untersuchungsausschüsse nicht bestritten werden kann, in parlamentarischen Kreisen erwogen, ob es überhaupt notwendig ist, daß die Abgeordneten neben ihren hohen allgemeinen Vätern, die ihnen auch in der parlamentarischen Zeit gezahlt werden, auch noch diese Sondertagegelde erhalten müssen. Wahrscheinlich wird schon bei der kommenden Staatsberatung im Landtag beim Haushalt des Landtages beantragt werden, diese Sonderbedürfnisse für Untersuchungsausschüsse zu streichen. Ebenso wird erwogen, ob es notwendig ist, die umfangreichen Protokolle zu drucken, und ob es nicht genügt, einige Exemplare zur Einsichtnahme in Schreibmaschinenchrift herzustellen.

Die soziale Herkunft der Lehrer.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat den Mitgliedern des Preussischen Landtages auf deren besonderen Antrag eine Übersicht über die soziale Herkunft der Studenten an den Pädagogischen Akademien zugehen lassen. Derartige Akademien befinden sich in Elbing, Kiel, Frankfurt a. M., Bonn, Breslau, Erfurt, Hannover und Dortmund; sie dienen der Heranbildung von Volksschullehrern. Sieben weitere Akademien sollen zum 1. April des nächsten Jahres in Kottbus, Frankfurt a. d. O., Göttingen, Weihen, Halle, Altona und Kassel gegründet werden. Die acht bis jetzt bestehenden Anstalten werden, wie aus der Zusammenstellung zu entnehmen ist, von insgesamt 738 Studenten, darunter 203 weiblichen, besucht. Die Nachweisung über die soziale Herkunft gründet sich auf die Ermittlung des Berufes des Vaters des Studierenden. Es sind zum Teil Lehrer ohne akademische Bildung (153), die ihre Söhne und ihre Töchter für das laufende Winterhalbjahr auf diese Akademien geschickt haben. 177 Studierende gehören mittleren Beamtenkreisen an. 115 von den Besuchern entstammen aus den Kreisen selbständiger Handwerksmeister und Kleingewerbetreibender, 101 denen der Privatangestellten. Auch verhältnismäßig viele Industriearbeiter, nämlich 47 oder 6,3 Prozent der gesamten Besucherzahl, sind in der Lage gewesen, ihren Kindern die Weiterbildung an diesen Akademien zu ermöglichen. Was die Besucherzahl der einzelnen Akademien anlangt, so steht die Pädagogische Akademie in Elbing mit 90 männlichen und 47 weiblichen Studierenden an der Spitze. Die Kieler Akademie wird von 132 Studenten, darunter 73 männlichen, besucht, die in Bonn von 113 Studierenden, davon 64 männlichen. An den Akademien von Dortmund und Breslau genießen zurzeit 61 bzw. 60 Studenten ihre Ausbildung, während die beiden Akademien in Erfurt und Hannover von 55 bzw. 54 männlichen Studenten aufgesucht worden sind. An der Akademie in Frankfurt a. M. werden in diesem Winterhalbjahr 64 männliche und 49 weibliche Studenten ausgebildet.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Die Vorgänge auf dem dieser Tage in München abgehaltenen Landesparteitag der Bayerischen Volkspartei haben in Reichstagskreisen begreiflicherweise lebhaftes Echo gefunden. Einem Vertreter des Parlamentarismus gegenüber betonte der Reichstagsabgeordnete Raue von der Bayerischen Volkspartei ausdrücklich, daß die bisherige Art der Behandlung der Ehebeschuldigungsreform im Reichstagsausschuß für das neue Strafgesetzbuch durchaus schärfste Ablehnung sowohl durch seine Partei, als auch durch das Zentrum findet und daß ein Fortführen des bisherigen Kurses auf die Koalition nicht ohne Einfluß bleiben würde. Die Änderung der bisherigen Ansicht der Mehrheit des Ausschusses sei für seine Partei ebenso wie für das Zentrum eine unerläßliche Notwendigkeit. Abg. Raue erklärte weiter, daß die Ausführungen, die der preussische Zentrumsabgeordnete Dr. Seß auf dem Parteitag bezüglich der Frage einer Wiedervereinigung der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum gemacht hat, von den Vertretern beider einmütig gebilligt worden seien, und daß man allgemein eine solche Vereinigung als durchaus wünschenswert bezeichnet habe. Indessen lägen parteiamtliche Erklärungen dazu noch nicht vor.

Verstöße gegen das Gesetz.

Deutsches Justizwesen im Jahre 1927.

Statistischen Angaben über das Jahr 1928 liegen „offiziell“, d. h. in amtlichen Darstellungen des Statistischen Reichsamtes, noch nicht vor, aber die Daten und Übersichten über das Jahr 1927 sind jetzt abgeschlossen und endgültig vorhanden, so daß sie sich genau überblicken und beurteilen lassen: Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich veröffentlicht sie mit Vergleichszahlen für frühere Jahre. Es sind Übersichten über alles und jedes, was sich überhaupt statistisch erfassen läßt. Betrachten wir z. B. das sehr wichtige Kapitel „Justizwesen“. Es ist da in beweiskräftigen Zahlen die Rede von der Geschäfts- und Organisationsstatistik der ordentlichen Gerichte, von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, von den Arbeitsgerichtsbehörden, von der Rechtsprechung in Unfall- und Invalidenversicherungssachen, von der Rechtsberatung der minderbemittelten Volksschichten usw. Besonders ausführlich und eingehend aber wird die Kriminalstatistik behandelt.

Wenn wir uns die im Jahre 1927 in Strafsachen erster Instanz ergangenen Urteile ansehen, so finden wir, daß die Schöffengerichte (Mischgerichte) 529 714 (im Jahre 1926 572 370) Urteile ergaben ließen, die Schwurgerichte 3418 (im Jahre 1926 3359). Die meisten Urteile ergingen natürlich in Preußen: 348 088 der Schöffengerichte und 1872 der Schwurgerichte. Es folgen Bayern mit 71 492 bzw. 582, Sachsen mit 28 570 bzw. 229, Württemberg mit 19 764 bzw. 188, Baden mit 9902 bzw. 177.

Endergebnis der Provinziallandtagswahl in Westfalen.

Dortmund, 28. Nov. Nach dem endgültigen Ergebnis sind zur Provinziallandtagswahl in der Provinz Westfalen von 3 057 759 Wahlberechtigten insgesamt 2 175 102 Stimmen abgegeben worden. Ungültig waren 42 979, gültig 2 132 123.

Die gültigen Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

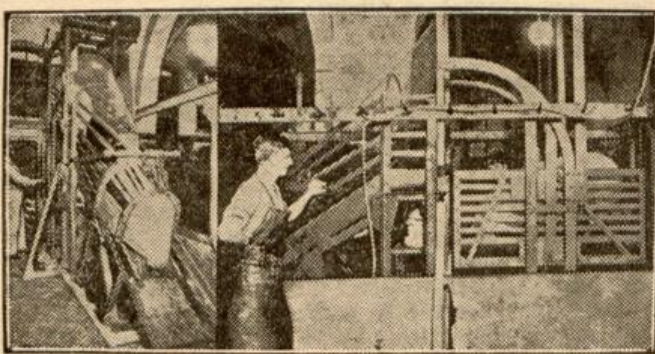
1. Zentrum	701 817
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	472 032
3. Kommunistische Partei Deutschlands	197 572
4. Deutsche Demokratische Partei	53 806
5. Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei	47 080
6. Christlich-Soziale Reichspartei	22 394
7. Deutsche Volkspartei	185 580
8. Deutschnationale Volkspartei	133 197
9. Evangelischer Volksdienst	84 740
10. Linke Kommunisten (Leninbund)	7 723
11. Liste der Wirtschaftlich Schwachen	3 537
12. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	62 439
13. Polenpartei	15 243
14. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	133 371

Die wenigsten Strafurteile ergingen in Schaumburg-Lippe 160 und ein einziges Schwurgerichtsurteil. Werfen wir nun einen Blick auf die Urteile der höchsten Revisionsinstanz, des Reichsgerichts, so finden wir, daß ergangen sind: Urteile des Reichsgerichts auf Revisionen gegen Urteile der Strafkammern in Preußen 979, gegen Urteile der Schwurgerichte in Preußen 218. Die entsprechenden Zahlen für Bayern lauten 71 und 68, für Sachsen 65 und 25, für Württemberg 22 und 18, für Baden 18 und 13 usw. Die Länder Anhalt, Lippe, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe haben im Jahre 1927 das Reichsgericht überhaupt nicht beschäftigt.

Was nun die einzelnen Verbrechen und Vergehen angeht, so waren im Jahre 1927 angeklagt 516 408 Personen (im Jahre 1926 515 383). Verurteilt wurden im Jahre 1927 411 214 Personen (1926 414 648), darunter 348 963 männliche und 62 251 weibliche. 21 219 Verurteilte waren 14 bis unter 18 Jahre alt, 153 641 waren bereits vorbestraft; 4889 waren Ausländer. Es wurden verurteilt: wegen Hochverrats 35 Personen, darunter eine Frau, wegen Landesverrats 18 Personen, darunter zwei Frauen, wegen Gewalt und Drohungen gegen Beamte 18 655 Personen, darunter 120, die im Alter von 14 bis 18 standen, wegen Hausfriedensbruchs 8139 Personen, darunter 769 Frauen, wegen Arztsbruchs 3762 Personen, wegen Verletzungen der Eidespflicht 2630 Personen, darunter 800 Frauen und 39 Jugendliche, wegen Sittlichkeitsverbrechen 6110 Personen, darunter 48 Frauen und 997 Jugendliche, wegen Beleidigung 47 845 Personen, darunter 13 750 Frauen, wegen Mordes 124 Personen, darunter 14 Frauen und 11 Jugendliche, wegen Totschlages 385 Personen, darunter 57 Frauen und 6 Jugendliche, wegen leichter Körperverletzung 13 607 Personen, wegen gefährlicher Körperverletzung 33 064 Personen, darunter 1860 Frauen und 1204 Jugendliche, wegen Nötigung und Bedrohung 5634 Personen, wegen einfachen Diebstahls 74 907 Personen, darunter 16 766 Frauen und 9323 Jugendliche, wegen schweren Diebstahls 15 995 Personen, darunter 841 Frauen und 2718 Jugendliche, wegen Unterschlagung 34 660 Personen, wegen Raubes und räuberischer Erpressung 707 Personen, darunter 13 Frauen und 43 Jugendliche, wegen Schleicherei 10 846 Personen, wegen Betruges 54 473 Personen, wegen Urkundenfälschung 11 788 Personen, wegen Brandstiftung 511 Personen, darunter 68 Frauen und 72 Jugendliche.

Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß Frauen und Jugendliche an mehreren Arten von Verbrechen und Vergehen besonders stark beteiligt waren, während bei anderen Verbrechen und Vergehen der Prozentsatz der weiblichen und jugendlichen Verurteilten nicht allzu auffallend in der Erscheinung tritt. Erschreckend wirkt es immerhin, daß die Zahl der Jugendlichen, die als Verbrecher vor Gericht standen und bestraft werden mußten, so groß ist.

Ein neuer Weg neuzeitlicher Tierschlachtung



wurde im Münchener Schlachthof mit der versuchsweisen Einführung elektrischer Betäubung — mittels einer elektrischen Schweine-Betäubungs-„Falle“ — beschritten. Das Schwein wird durch den Förderkorb eines Aufzuges (rechts) in die Höhe gehoben und automatisch in die eigentliche „Falle“ (links) gekippt, in der durch einen „Küßkontakt“ die elektrische Betäubung ausgeführt wird. Der Aufzug dauert vier Sekunden, die Betäubung eines Schweines sechs Sekunden. Aufzug und Falle werden von einem Mann bedient.

Welt und Wissen

w. Anton Rubinstein. (Zum 100. Geburtstag.) Am 28. November jährt sich zum hundertstenmal der Tag, an dem Anton Rubinstein, der berühmte Klaviervirtuose und Komponist, in Russland geboren wurde. Bereits im Alter von zehn Jahren trat er mit großem Erfolge als Klavierspieler auf. Im späteren Leben machte er Kunstreisen durch die ganze Welt, lebte längere Zeit in Berlin, wo er öfters bei Hofe spielte, wurde 1859 Leiter der von ihm gegründeten Russischen Musikgesellschaft und wurde 1889 vom Zaren in den erblichen Adelsstand erhoben. Er starb im November 1894 in Peterhof. Als Klaviervirtuose nahm Rubinstein einen Platz ersten Ranges ein, als Komponist zeigte er Erfindungskraft und starkes Temperament. Er komponierte mehrere russische Opern, von denen besonders „Der Dämon“ bekannt wurde, und eine Anzahl deutscher Opern, unter welchen „Die Kinder der Erde“.

15. Volksrechtspartei (Reichspartei f. Volksrecht und Aufwertung)

11 592

Bei der Mandatsverteilung scheiden die Christlich-Soziale Reichspartei, die Linken Kommunisten (Leninbund), Liste der Wirtschaftlich Schwachen, Polenpartei und Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) aus, weil sie die für die Zuteilung eines Mandats notwendige Anzahl von Stimmen nicht erreicht haben. Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien und Regierungsbezirke wie folgt:

	Arnsberg	Minden	Münster	Zuf.
1. Zentrum	20	6	20	46
2. Sozialdemokr.	18	7	6	31
3. Kommunisten	8	0	5	13
4. Demokraten	3	0	1	4
5. Chr.-ntl. Bauern	1	1	2	4
7. Deutsche Volksp.	7	3	2	12
8. Deutschnatl.	5	3	1	9
9. Evg. Volksdienst	3	1	2	6
12. Nat.-soz. Arb.-P.	3	1	0	4
14. Wirtschaftsp.	5	1	3	9
zusammen	73	23	42	138

„Heramos“ und „Die Mattabäer“ hervorgehoben zu werden verdienen, schrieb Oratorien („Sulamith“, „Moses“, „Christus“ u. a.), Sinfonien, Ouvertüren, Streichquartette, Konzerte und Sonaten für Klavier, Salon- und Charakterstücke, Lieder (eins der bekanntesten ist die Komposition zu Heines „Mara“) und vieles andere noch.

w. Richard-Strauß-Konzert in Rom. Im großen Saale des Augusteums in Rom fand ein von Richard Strauß dirigiertes Konzert statt, in dem ausschließlich Straußsche Kompositionen dargeboten wurden. Der Saal war vollständig ausverkauft. Die beiden deutschen Botschafter waren anwesend. Der deutsche Botschafter, von Neurath, gibt Richard Strauß zu Ehren ein Frühstück, zu dem Führer des römischen Musiklebens eingeladen sind.

w. Heinrich Villenfelss 50. Geburtstag. Der Dichter Heinrich Villenfels, Generalsekretär der Deutschen Schillerstiftung in Weimar, vollendete am 20. November das fünfzigste Lebensjahr. Von seinen zahlreichen Werken — Dramen, Romane, Erzählungen — wurden besonders bekannt der Roman „Der verfunene Stern“ und die Dramen „Der Tyrann“ und „Der Stier von Olvera“; das letztgenannte Drama ist von Eugen d'Albert als Opernstoff benutzt worden.

w. Das Sängerkfest des Mitteldeutschen Sängerbundes im Jahre 1930. In Kassel fand die erste vorbereitende Sitzung für das im nächsten Frühjahr geplante Mitteldeutsche Sängerbundesfest statt. Zu der Sitzung waren neben dem Gesamtverband der Bundesvertreter die Mitglieder des Musikausschusses und sämtliche Gauvertreter mit Gauhormeistern erschienen. Aber die Organisation des Festes sprach der Bundesvorsitzende G. H. H. Das Fest soll eine Übersicht über alle Zweige des Chorgesangs geben. Man will alle Formen des Chorgesangs, vom einfachen Volkslied bis zum Oratorium, zu Gehör bringen. Den Höhepunkt soll ein Massenkonzert bilden: von einem zehntausendköpfigen Chor soll eine Reihe von musikalisch wertvollen Chören gesungen werden. Um diese Veranstaltungen gruppieren sich ein bis zwei abendfüllende Oratorien und eine Aufführung der 9. Sinfonie von Beethoven, der die Kantate „Wachet auf!“ von Ramm vorausgehen soll.

Frische, „tummelhafte Kerle“.

Turnvereine und Jugendpflege.

Die Reiselahre werden bestimmend für die gesamte künftige körperliche und seelische Gesamtverfassung. Die überspannte Zügelspannung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes in der Nachkriegszeit zwingt auch den Jugendlichen mehr, als ihm zuträglich ist, in den Vantreiß harter beruflicher Pflichten. Dieser Belastung ist der noch nicht genügend ausgereifte und gefestigte Körper nicht gewachsen. Eine größere Sterblichkeit bei Berufstätigen im Alter von 15—20 Jahren ist als Folgeerscheinung dieser leiblichen Gefährdung durch ärztliche Beobachtungen einwandfrei festgestellt. Daß diese Entwicklungsnot der jungen Menschen aber auch „Schaden an ihrer Seele“ zufügen, mehr als alle Fürsorge- und Jugendpflege-maßnahmen auszumachen imstande sind, beweisen mit erschreckender Deutlichkeit viele betrübliche Erscheinungen des öffentlichen Lebens und die Akten der Jugendgerichte. Leibesübungen sind nun freilich kein Allheilmittel gegen diese zeitbedingte Beeinträchtigung der Entwicklung während der Zeit des Reisens und stärksten Wachstums. Gewiß kann eine sinn- und planvolle Körperschulung manche körperliche Unterwerflichkeit beheben und auch mit nachweisbarem Erfolg angewendet werden gegen leibliche Verunstaltungen, die nicht selten schon im Jugendalter Verursachungen zu werden drohen. Sicher ist es auch, daß mit regelmäßigem Turnen sich ein gehöriges Maß körperlicher Anfertigkeit und Behendigkeit erzielen läßt, die der Berufsarbeit zugutekommen. Doch diese enge, zweckgerichtete Gesun d heits g y m n a s t i k erschöpft nicht das, was Turnen in sich begreift. Ein Turnverein will nicht nur die schlummernden oder nach Entwicklung drängenden Körperkräfte wecken und stärken. Der Ruf eines Turnvereins ergeht an den ganzen Menschen in seiner körperlich-geist-seelischen Gesamtheit. Beim Turnen im Verein sollen auch all jene Willensbestrebungen und seelischen Regungen frei und wirksam werden, die im Kampf ums Dasein von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Jugend drängt schon von sich aus in unbewußter Abwehr nach einer Ablenkung von der Nüchternheit und Zweckmäßigkeit beruflichen Tuns. Daß sie dabei oft genug irreguliert nicht den rechten Weg findet für eine werteschaffende Ausnutzung der großen Freizeit, ist nicht ihre Schuld. Da will nun der Turnverein helfen und stützen. Er will auf seine Weise und mit seinen Mitteln einen Ausgleich schaffen für die Gemütsleere und Seelenlosigkeit neuzeitlicher Werkarbeit und neue Reize geben für die Regsamkeit des Körpers und der Seele, die das allgemeine Wert- und Lebensgefühl steigern und einer oft unbewußten tieferen Sehnsucht Trift und Spielraum geben. Die Jugendturner der D. T. V. pflegen in ihren regelmäßigen Zusammenkünften ein echtes Gemeinschaftsleben, das all diese lebensfeigernden Kraftströme zum Quellen und Fließen bringt. Ihr Turnen, Spielen, Schwimmen und Wandern, ihre Tanz- und Singabende, Laienspiele, Liebesabende und Feiertage sind abgestimmt auf Veredelung und Verinnerlichung, auf Befreiung und Erhebung — und trotzdem sind sie und wollen sie es bleiben: frische, „tummelhafte Kerle“, erdhaft und wesenhaft.

Pelzbesatz

in allen Modifarben und vielen Fellarten kaufen Sie
in anerkannt guten Qualitäten immer preiswert beim

Kürschnermeister Oskar Becker.
Lüdenscheld.



Endlich kommt er leise,
Nimmt uns bei der Hand,
Führt uns von der Reise,
Heim ins Vaterland.

Es hat Gott gefallen, unsern langjährigen
Arbeiter und treuen Hausgenossen

Carl Bleiker

nach längerem, mit Geduld ertragenem
Leiden, im Alter von 78 Jahren, zu sich in die
Ewigkeit abzurufen.

Familie Bremicker.

Schöneberge, den 27. August 1929.

Die Beerdigung findet Samstag, den 30. November
vom Städt. Krankenhause Lüdenscheld aus statt. Trauer-
geleit vom Deutschen Eck in Oeckinghausen um 2 1/2 Uhr
nachm. nach dem Friedhof in Halver.

**Der moderne
Ulster**
mit breitem Rundgurt.

in modernen Farben und erstklassige
Verarbeitung

Mk. 68.- 55.- 43.- 36.⁵⁰

Moderne Anzüge

Mk. 65.- 54.- 49.- 36.- 29.⁵⁰

Loden-Mäntel, Windjacken,
Loden - Joppen, - Hosen.

Berufskleidung und Wäsche.



Gute
Qualität.
Grosse
Auswahl.
Kleine
Preise!

Julius Ripp,
Lüdenscheld, Knapperstr. 17
gegenüber Hotel zur Post.
= Bekannte Fahrtvergütung. =

**Weit
unter
Preis**

kommt die in der vorigen Woche per-
sönlich in Berlin

kolossal billig

gekaufte Konfektion ab Samstag

zum Verkauf.

Elegante Mäntel

aus Ottomane-Duffin, Schnitt-Velour
u. engl. must. Stoffen mit und ohne
Pelzbesätzen zum Teil ganz auf Seide
66, 65, 44, 33, 22, 14.50

9⁵⁰

Spezialität:

Mäntel für ganz starke Damen in
vorzügl. Paßform

Moderne Kleider

aus Veloutine, Rips, Woll-Georgette in
enormer Auswahl

sehr billig.

Ein Posten moderner

Herren - Mäntel

in prima Qualitäten auf K'-Stoppseide

55⁰⁰

68⁰⁰

Serie 1

Serie 2

Jedes Teil dieses Angebots

ein Schlager.

Trotz der außergewöhnlich billigen Preise
bekannte Fahrtvergütung!

Strauss & Schiff N.

Lüdenscheld.

Lichtspiele Carlshöhe.

Samstag abend ab 8 Uhr, Sonntag ab 5 Uhr u. 8 Uhr



Liebe im Schnee

Ein Film auf Ball-, Schlitt- und Schneeschuhen
mit **Maria Paudler — Livio Pavanelli.**

Das Geheimnis der Carlton-Bank
5 Akte.

Lustiges Beiprogramm.

Wasche ein Geschenk,
das der Dame Freude macht!



Besuchen Sie bitte
unsere

**Weihnachts-
Ausstellung.**

Sie bietet Ihnen in reicher Aus-
wahl solche prakt. Geschenke.

**Geschwister Vogt,
Halver.**

gegr. 1840.

**Käthe Rudloff
Heinrich Seuster**

Verlobte

Voerde i. W. Oberbrügge i. W.
1. Dezember 1929.

Apollo - Theater Schalksmühle.

Sonnabend 8 Uhr - Sonntag 3 Uhr

Harry Piel in

Mann gegen Mann

Ein Sensationsdrama

Am Rande der Welt

Die Tragödie einer Müllersfamilie während
des Weltkrieges in 6 Akten
und

Lustspiel-Einlage.

Märkische Lichtspiele Kierspe.

Vorfürhungen am:

Samstag, dem 30. November abends 8,30 Uhr
Sonntag, 1. Dez. nachm. 4 Uhr, abds. 8 Uhr

Ungarische Rhapsodie
in 8 Akten.

Jahrmarkt der Liebe
in 8 Akten.

Dazu das übliche Beiprogramm.
— Der Saal ist gut geheizt. —

Fabrikgeschäft in Schalksmühle
sucht zum 1. Jan. 1930
jüngere, perfekte

Stenotypistin

Angebote unter R. 530
an die Geschäftsstelle des
Allg. Anz. Halver.

Möbl. Zimmer
mit Morgenkaffee
zu vermieten.

Wo, sagt die Geschft.
d. Allg. Anz. Halver.

**2-Zimmer-
Wohnung**

preiswert zu vermieten

Zu erst. in d. Geschäftst.
des Allg. Anz. Halver.

Gast- und Schenkwirtschaft
Gust. Böhle, Eichholz.

Habe Samstag und Sonntag

Hasenpfeffer

**Weinbrand - Rum,
Weingeist - Essenzen**

empfiehlt:

**Carl Baukloh,
Kierspe-Bahnhof,**

Verein für Geflügelzucht Kierspe.



**Große
Geflügelschau**

veranstaltet in Gemeinschaft mit dem
Geflügelzucht-Verein Schnörrenbach

am Samstag, den 30. November

und Sonntag, den 1. Dezember

in der Anhbierschen Festhalle in Kierspe.

Eröffnung: Samstag nachm. 2 1/2 Uhr.

An beiden Tagen geöffnet bis 7 Uhr abds.

Eintrittspreis: 50 Pfennige mit einem

Gratislos!

In das Handelsregister A. 978 ist heute
die Firma **Wilhelm Spiek** in Halver und
als Inhaber der Kaufmann **Wilhelm Spiek**
in Halver eingetragen.

Lüdenscheld, den 27. November 1929.

Das Amtsgericht.

Inferieren bringt Gewinn!

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 1. Dez.
(1. Advent). 9 Uhr Feier des hl. Abendmahls.
10 Uhr Gottesdienst Pastor Dr. Große-Dressels-
haus, 11 Uhr Taufen und Kindergottesdienst.
Dienstag abds. 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag
abds. 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottes-
dienst. Freitag abds. 8,30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, 1. Dezember
4,30 Uhr Bibelstunde (Bröder). 8,30 Uhr Jung-
frauenverein Adventsfeier. Montag 3,30 Uhr
Jungfrauenverein Chorstunde, 8,30 Uhr Sitzung
des Gemeinschaftsvorstandes (Vöhbach), 8 Uhr
Jünglingsverein Turnen. Mittwoch 4 Uhr Mi-
sionshandarbeitsstunde. 8,30 Uhr Jungfrauenver-
ein Gruppenabend. Freitag 8,30 Uhr Männer-
chor. Samstag 8,30 Uhr Gebetsstunde.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag 3 Uhr Bibel-
stunde. Donnerstag 8,30 Uhr Bibelstunde.
Freie ev. Gemeinde Halver, Berlinerstraße 27.
Sonntag morgen 9,45 Uhr Erbauungsstunde 11
Uhr Sonntagsschule. Nachmittags 4 Uhr Bibl.
Vortrag. Donnerstag 8,30 Uhr Gebetsstunde.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, 1. Dez.
8 Uhr Frühmesse. 10,15 Uhr Hochamt mit
Predigt. 2,30 Uhr Andacht.

Ev. Gemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottes-
dienst, 10,15 Uhr Kindergottesdienst. Dienstag
8,30 Uhr Jugendverein. Mittwoch 8 Uhr Bibel-
stunde von Herrn Brenscheid im Konfirmanden-
saale. 8 Uhr Posaunenchor. 9 Uhr Kirchenchor.
Donnerstag 4 Uhr Adventsfeier der Frauenhilfe
im Niggelohschen Saale.

Ev. Gemeinde Schalksmühle. Sonntag den 1. Dez.
10 Uhr Gottesdienst, 11,15 Uhr Kindergottes-
dienst. 5,30 Blaukreuzstunde. 8 Uhr Gemeinschafts-
stunde. Montag 2 Uhr Steuertermin. Dienstag
8 Uhr Adventsfeier der Frauenhilfe, 8,30 Uhr
Jungmädchenverein. Mittwoch 8,30 Uhr Bibel-
stunde. Freitag 8 Uhr Bibelbesprechung. 9 Uhr
Posaunenchor. Sonnabend 8,30 Uhr Gemischter
Chor.

Ev. Kirchengemeinde Kierspe. Sonntag 9,30
Uhr Kindergottesdienst in der Kirche. 10,30 Uhr
Hauptgottesdienst daselbst. 11,30 Uhr Beichte
und Feier d. hl. Abendmahls. 10 Uhr Gottes-
dienst Kierspe-Bhf. 11 Uhr Kindergottesdienst
daselbst.

Bibel- und Vereinsstunden. Sonntag 4 Uhr Bibel-
stunde in Kierspe-Bhf. Montag 8,30 Uhr Po-
saunenchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchen-
bund in Kierspe und Kierspe-Bhf. Mittwoch 8,30
Uhr Gemischter Kirchenchor in Kierspe-Bahnhof.
Freitag 8,30 Uhr Gemischter Kirchenchor in Kierspe,
und Jünglingsverein in Kierspe-Bhf.

**Restaurant
zum Deutschen Eck**

Wilhelm Rödning
Oeckinghausen

Sonntag

Tanz
Eintritt frei!

**Verein Turn- u. Spiel-
vereine Halver e. V.**

Sonnabend, d. 30. Nov.
abends 8 Uhr

Bersammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung wird in
d. Versammlung bekannt
gegeben.

Der Turnrat.



**Parlophon
Odeon
Apparate
Platten**

empfiehlt

SORS

Lüdenscheld,

Thienünstr. 6.